

## Inklusion in Niedersachsen - konturlos, planlos, haltlos!?

### Ein offener Brief an die Mitglieder der dgs-Landesgruppe Niedersachsen mit der Einladung zur Diskussion

Seitdem die niedersächsische Landesregierung im Oktober vergangenen Jahres hat verlauten lassen, dass es nun ernst werde mit der Inklusion, ist viel geschehen!... Stimmt das überhaupt? Ja und Nein!

Ja, es ist viel geschehen in den Schulen, Einrichtungen und Verbänden. Außerordentliche Personalversammlungen, bei denen Schulleitungen die vagen Informationen kund taten und verunsicherte Kolleginnen und Kollegen ihren Frust äußerten, haben stattgefunden. Offizielle und inoffizielle Gespräche waren angesetzt. Zwischen Verbänden und mit Eltern. Schulleitungen aus Niedersachsen trafen sich im Dezember in Bad Salzdetfurth, um sich zu beraten und verabschiedeten ein 10 Punkte umfassendes Protokoll, das eine Art Stellungnahme aus Sicht der Schulleitungen im Förderschwerpunkt Sprache darstellt. Die jedem Gespräch vorangehende Kernfrage lautete: Wer weiß eigentlich was? Wie können wir vorgehen? Sollen wir eigenen Überlegungen in die Diskussion werfen oder abwarten? Ist es wirklich konstruktiv, die Abschaffung bewährter Formen der Förderung sprachbeeinträchtigter Schülerinnen und Schüler schon jetzt konzeptionell und vor allem institutionell neu zu denken und vorzuschlagen? Und: Wem schlagen wir eigentlich was vor?

Und damit komme ich zum Nein! Es ist nicht viel geschehen! Die Landesregierung hat es bei ihrer schlichten Verlautbarung, die Inklusion zu wollen, belassen! Weder ist das gegliederte Schulsystem grundsätzlich in Frage gestellt noch sind ernsthafte Rahmenbedingungen bis auf den Startzeitpunkt mit dem Schuljahresbeginn 2012/13 benannt worden ...

Ach doch, ja, da war noch die Sonderpädagogische Grundversorgung. Ein an vielen Orten Niedersachsens schon längst gescheitertes Modell der *Integration* soll wo möglich flächendeckend erhalten, um *Inklusion* zu realisieren. Mit allem nötigen Respekt: Das sind keine ernsthaften Rahmenbedingungen, die damit benannt wären! Sonderpädagogische Grundversorgung für die Förderschwerpunkte Lernen und Sprache und Sprechen meint in Zahlen, dass einer Grundschule pro Klasse 2 Stunden an Unterstützung durch eine Sonderpädagogin oder einen Sonderpädagogen zur Verfügung gestellt werden. Pro Woche versteht sich! Ein einfaches Rechenbeispiel: Eine

zweizügige Grundschule bekäme dann 16 Stunden Grundversorgung für ihre 8 Lerngruppen oder - anderes gesagt - ca. 200 Schülerinnen und Schüler. Ist das nun viel oder wenig, ausreichend oder nicht ausreichend? Eine Frage, die uns von der dgs-Niedersachsen in den jüngsten Gesprächen im Kultusministerium auch gestellt wird. Unsere Antwort ist die, die wir auch schon damals beim Ringen um die Bedingungen gelingender *Integration* sprachbeeinträchtigter Kinder ins Regelschulwesen gegeben haben: Es hängt nicht an der Zahl der Förderstunden alleine. Die Situation einer Schule ist immer komplexer als die bloße Formel, die sich aus der Menge der Lerngruppen und der Anzahl der Schülerinnen und Schüler erstellen lässt. Um nur eines zu nennen: Für Schulen in so genannten soziokulturell stabilen Einzugsgebieten ist die Zahl der Stunden an sonderpädagogischer Versorgung vielleicht sogar verlockend. Was aber sollen Schulen in sozialen Brennpunkten dazu sagen? Und was heißt schon „Stunden sonderpädagogischer Förderung“? Das Arbeitsfeld von Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen ist so vielschichtig und heterogen wie die Kinder selbst, für die sie Verantwortung übernehmen. Wir alle wissen, wie schwer es oftmals ist, bei einem Kind den *Förderschwerpunkt* wirklich sicher zu benennen. Entwicklung eines Kindes - ob sie sich nun unter günstigen oder eher ungünstigen Bedingungen vollzieht - nimmt keine Rücksicht auf die von uns konstruierten theoretischen und administrativen Grenzen. Und genau darum muss jede Schule an einem verlässlichen Maß an professioneller Fachlichkeit partizipieren können, um ihrem Auftrag - nämlich der chancengleichen Bildung und Erziehung der ihr anvertrauten Kinder und Jugendlichen gerecht werden zu können. Und wie es schon etwas polemisch angeklungen ist: Sonderpädagogische Grundversorgung ist sicher nicht die Überschrift für inklusive Bildung, die einer exklusiven Professionalität bedarf! Die Ausweitung des bestehenden Modells der sonderpädagogischen Grundversorgung käme einer Grundversorgung gleich, da sie von Sonderpädagoginnen und -pädagogen unabhängig von ihrer Fachlichkeit fordert, alles an Förderung mit einem Minimum an Ressourcen leisten zu sollen. Was bleibt denn einer Schule mit den Stunden unserer Beispielrechnung anderes übrig, als „schwierige Schüler“ wieder in Gruppen zusammenzufassen, um dort das bisschen an sonderpädagogischer Förderung anbringen zu können, was da ist? Läuft es auf diese Organisationsformen hinaus, hat das nichts, aber auch gar nichts mit inklusiver Bildung zu tun, sondern es ist der alte Neuentwurf der Separation der Schwachen im eigenen Haus!

Und warum machen sich Schulen in diesen Tagen diese düsteren Gedanken? Es wird ihnen unterstellt, vorrangig am Erhalt des eigenen Arbeitsplatzes interessiert zu sein - daher die vielfach ablehnende Haltung. Nein! Es geht nicht um Arbeitsplätze, es geht um Arbeitsbedingungen! Zu viele Lehrkräfte aller Schulformen stehen schon

jetzt landauf landab kurz vor dem Zusammenbruch. Über die möglichen Ursachen will ich hier nicht spekulieren. Fakt ist, dass eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen - und dazu zählt ohne Frage die Vergrößerung der Kluft zwischen dem, was geleistet werden will und dem, was geleistet werden kann - noch mehr personelle Ressourcen vernichten wird!

Und Ärger und Wut auf die politisch Verantwortlichen entstehen im Zusammenhang zu unserer Diskussion hier zusätzlich auch dann, wenn zu lesen und hören ist, dass die Landesregierung *zuerst* den Primarbereich in den bestehenden Formen sonderpädagogischer Förderung abschaffen will und dann erst ein Jahr *später* das wirkliche Wahlrecht der Eltern für den Förderort ihres Kindes freigibt! Eltern, die also im Schuljahr 2012/13 ihre Kinder einschulen, haben dann gar nicht mehr die Möglichkeit, als Ort der Förderung ihres Kindes z.B. die bislang an einer Grundschule angegliederte Sprachheilklassse oder die Förderschule Schwerpunkt Sprache zu wählen. Warum aber verfährt die Landesregierung so? Hat sie etwa die berechtigte Angst, dass sehr viele - ich lehne mich weit hinaus und sage: fast alle - Eltern mit der Förderung in den genannten Organisationsformen nicht nur einverstanden, sondern sogar sehr zufrieden sind? Und nicht nur die subjektive Zufriedenheit, sondern auch die objektiven Zahlen erfolgreicher Schullaufbahnen unter der Bedingung einer gezielten, konzentrierten und nicht zuletzt hoch-professionellen Förderung sprechen dafür, die bestehende Pluralität der Angebote nicht einfach aufzugeben - und schon gar nicht - ich wiederhole mich - zugunsten des Modells der Sonderpädagogischen Grundversorgung!

Wie nun soll und will die dgs-Landesgruppe Niedersachsen sich in den Gesprächen mit anderen Verbänden und im Kultusministerium positionieren? Sich den Gesprächen zu verweigern, wäre äußerst destruktiv. Zu sagen: Alles soll bleiben, wie es ist, wäre genauso falsch. Inklusion ist Menschenrecht! Die UN-Behindertenrechtskonvention ist vor zwei Jahren von der Bundesrepublik Deutschland im Deutschen Bundesrat einstimmig ratifiziert worden! Die Umsetzung der Konvention blieb bislang aus. Welchen Weg wird Niedersachsen gehen?

Die dgs e.V. hat auf Bundesebene im August 2010 ein differenziertes Positionspapier vorgelegt, das aus der intensiven Arbeit der „AG-Inklusion“ hervorgegangen ist. Die dort formulierten Stellungnahmen und Argumente können Eckpfeiler zur Beschreibung des niedersächsischen Weges sein. Aber der Weg muss beschrieben werden.

**Schreiben SIE mit, sagen SIE Ihre Meinung!**

---

Senden Sie Ihre Diskussionsbeiträge - Ihre persönlichen, die eines Kollegiums, aus der Sicht von Eltern, Lehrerinnen oder Lehrern, Betroffenen, Wissenschaft und fachfremd - an die dgs-Landesgruppe Niedersachsen e.V. ([dgs-niedersachsen@dgs-ev.de](mailto:dgs-niedersachsen@dgs-ev.de)). Wir veröffentlichen Ihre Beiträge in einem Diskussionstagebuch auf unserer Webseite. Bitte achten Sie darauf, dass Sie keine datenschutzrelevanten Inhalte preisgeben und vermeiden Sie diskreditierende Äußerungen. Alle weiteren Informationen dazu auf [www.dgs-ev.de/niedersachsen](http://www.dgs-ev.de/niedersachsen).

Es grüßt Sie herzlich

*Olaf Daum, 2. Vorsitzender -  
für den Landesvorstand der dgs Landesgruppe Niedersachsen e.V.*